

1 Steuerrecht reformieren und

2 Wohlstand mehrten

3 Beschluss

4 Steuern sind die Haupteinnahmequelle eines modernen Staates. Sie sind das bedeutungsvollste
5 Instrument zur Finanzierung des Staatswesens und anderer überstaatlicher Aufgaben
6 beziehungsweise Institutionen. Dies macht Steuern zu einem unumgänglichen Teil unseres
7 gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Leider sind sie jedoch, aufgrund der in manchen Fällen
8 erheblichen finanziellen Belastung der Bürger sowie der enormen Komplexität der deutschen
9 Steuergesetzgebung ein dauerhafter Streitpunkt in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion.
10 Aus diesem Grund sind tiefgreifende Reformen in der deutschen Steuerlandschaft zwingend
11 notwendig. Dabei gilt es insbesondere, weniger Ausnahmefälle zu schaffen und somit die
12 Gesetzgebung, auch für einen Laien im Steuerrecht, transparenter zu machen.

13 Des Weiteren ist ein besonderes Augenmerk auf die Lohnsteuer zulegen, da sie zum einen mit 185
14 Milliarden Euro im Jahr 2016 die zweitgrößte Einnahmequelle des deutschen Staates¹ war und zum
15 anderen, mit einigen wenigen Änderungen, enorme volkswirtschaftliche Effekte erzielt werden
16 können. Hierbei wollen wir jedoch nicht die Menschen durch eine Neiddebatte gegeneinander
17 ausspielen, sondern sinnvolle Änderungen die Leistung fördern und Familien finanziell entlasten.

18 **Die Jahreshauptversammlung am 10. September 2017 in Mildstedt hat daher beschlossen:**

19 Die Junge Union Nordfriesland fordert:

- 20 • Eine grundlegende Reform des Steuerrechts, die zum Ziel hat das deutsche Steuerrecht zu
21 vereinfachen.
- 22 • Ein mehrgliedriges Lohnsteuerstufensystem nach dem Vorbild von Friedrich Merz.
- 23 • Eine endgültige Abschaffung der kalten Progression indem die Geldwertentwicklung bei der
24 Lohnsteuer berücksichtigt wird.
- 25 • Eine deutliche Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags, um so gerade kleine und
26 mittlere Einkommen zu entlasten.
- 27 • Eine finanzielle Entlastung von Familien durch eine Erhöhung des Kinderfreibetrags und des
28 Betreuungsfreibetrags
- 29 • Wir lehnen eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ab.

¹ Bundesministerium der Finanzen